Antrag

der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Margulies und Genossen

betr. Beseitigung von Abfallstoffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Bundesregierung wird ersucht,

zu prüfen, ob und inwieweit eine Möglichkeit besteht, gemeinsam mit den Ländern die aktuellen Probleme der Behandlung und Beseitigung von Abfallstoffen aller Art den Bedürfnissen der Praxis entsprechend einer verbesserten Lösung zuzuführen.

Hierbei ist

- vordringlich zu klären, ob eine Institution errichtet werden kann gegebenenfalls durch Ausbau bestehender Einrichtungen , die unabhängige Gutachten über die Zweckmäßigkeit von Anlagen zur Müllverbrennung oder von auf andere Weise der Abfallbeseitigung dienenden Anlagen erstattet, wobei auch die Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Verfahren Gegenstand der Untersuchung sein sollte.
- zu prüfen, ob allgemein gültige fachliche Grundsätze nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik aufgestellt werden können;
- 3. des weiteren zu prüfen, ob und inwieweit die aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten koordiniert werden können.
- II. Dem Bundestag ist ein erster Bericht zum 1. Dezember 1962 vorzulegen.

Bonn, den 13. Juli 1962

Unterschriften umseitig

Dr. Schmidt (Wuppertal)

Bausch

Berberich

Dr. Elbrächter

Engelbrecht-Greve

Dr. Even (Düsseldorf)

Dr. Dr. h. c. Friedensburg

Illerhaus

Dr. Kanka

Frau Dr. Maxsein

Memmel

Müller-Hermann

Ruf

Spies

Dr. Toussaint

Bading

Bauer (Würzburg)

Dr. Bechert

Haase (Kellinghusen)

Jacobi (Köln)

Dr. Klein (Berlin)

Dr. Morgenstern

Peters (Norden)

Rehs

Dr. Schäfer

Schmitt-Vockenhausen

Wittrock

Margulies

Dr. Bucher

Dr. Dahlgrün

Dr. Dehler

Frau Dr. Diemer-Nicolaus

Dr. Dörinkel

Hammersen

Keller

Dr. Kohut

Kühn (Bonn)

Mauk

Dr. Rutschke

Dr. Schneider (Saarbrücken)